

# CDU Fraktion

Ortsbeirat  
Mainz-Hartenberg/Münchfeld

Frau Ortsvorsteherin Christin Sauer  
Ortsverwaltung Hartenberg/Münchfeld

**Vorlage-Nr. 0093 / 2023**

Mainz, den 29.11.2022

## **Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Ortsbeiratsfraktion zur Ortsbeiratssitzung am 24.01.2023**

Verhängung einer Veränderungssperre über den Bebauungsplan H 97 aus dem Jahre 2014, im Bereich Altes Postlager.

Begründung:

In unserem Stadtteil befindet sich, der Westaus/ingang des Mainzer Hauptbahnhofes. In dessen unmittelbarer Nähe liegt das neuerrichtete Radparkhaus, zudem ist eine Erweiterung der Toiletten/ Erfrischungsräume in diesem Bereich (TOP 47.2 der Sitzung des Stadtrates am 30. November 2022, Drucksache 1459/2022) projektiert.

Im Rahmen der lang- und mittelfristigen Planungen für neue Verkehrsinfrastruktur in Mainz und um eine bessere Anbindung des lokalen Radwegenetzes an das Umland wie auch an den überregionalen ÖPNV zu erreichen, ist die Westanbindung des Hauptbahnhofes über die Mombacher Straße ein wichtiger Baustein zur Schließung einer großen Lücke im lokalen und überregionalen Radwegenetz. Dies ergibt sich auch aus dem Stadtratsbeschluss „Radnetz Mainz“ vom 01.06.2022 und der noch zu planenden und umzusetzenden Radwegroute Budenheim-Weisenau.

Damit im Bereich Hauptbahnhof entsprechende Planungen umgesetzt werden können, das vorhandene Radparkhaus besser in die Radwege eingebunden werden kann und der überregionale Radschnellweg von Bingen/ Ingelheim gut und unmittelbar an den HBF Mainz zum Umsteigen angebunden werden kann, ist es unabdingbar, dass ein zusätzlicher Grundstücksstreifen von ca. 4,5 – 5 m für Verkehrsinfrastruktur entlang des jetzigen nur ca. 2 m breiten Fuß- und Radweges vorgehalten wird und nicht für anderweitige Bebauung zur Verfügung steht.

Hierzu ist erforderlich, dass der im Bereich Altes Postlager bestehende Bebauungsplan H 97 überarbeitet wird und ein ausreichend breiter Streifen für den Bau eines Zweirichtungsradsweges (4 m nach der Vorschrift ERA) und eines getrennten Fußweges vorzuhalten (ca. 2,5 m) also insgesamt 6,5 Meter im Bebauungsplan als öffentliche Verkehrsfläche festgelegt wird.

Wir bitten daher die Verwaltung eine Veränderungssperre für diesen Bereich zu verhängen, den vorhandenen Bebauungsplan zu überprüfen, und die Platzerfordernisse für öffentliche Verkehrsflächen einzuarbeiten.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Für die CDU -Fraktion: Jutta Lukas

Für die SPD-Fraktion: Jürgen Zaufke